

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 a post.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechseckigem Kolonieheft:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der fünfzehnten Kriegswoche.

Von den 446 Verwaltungsstellen des Verbandes haben für die Woche vom 8. bis zum 14. November 435 Berichte über die Mitgliederbewegung eingegangen. In diesen 435 Verwaltungen waren zu Beginn der Woche 347 784 Mitglieder, im Laufe der Woche gingen davon ab 4158 (davon zum Militär 2093), am Schluß der Woche waren vorhanden 343 626 Mitglieder. Als arbeitslos wurden davon geschätzt 21 352, das sind 6,2 Prozent. Zu den elf Bezirken gestellte sich die Mitgliederbewegung wie folgt:

Übersicht über die Zeit vom 8. bis 14. November 1914.

Bezirk	Berichtszeitung	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche*	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon zum Militär	Davon arbeitslos	Prozent	Ausgaben für Arbeitslosunterstützung	M.
		mitglieder-	ausgaben	mitglieder-	ausgaben	Prozent	ausgaben	M.
1. Bezirk	34	8491	161	70	8380	189	2,2	1224
2. "	24	8175	189	84	8036	298	3,7	1981
3. "	33	10921	151	78	10670	305	2,8	2035
4. "	55	55714	945	568	54769	3087	5,6	22858
5. "	92	41379	677	334	40702	1390	3,4	8814
6. "	43	45402	445	122	44957	1096	2,4	7426
7. "	38	41511	590	383	40921	1177	2,9	7697
8. "	27	16047	274	161	15773	1242	7,9	7221
9. "	53	27357	416	288	26941	4645	17,2	80532
10. "	45	28414	360	112	28054	5015	17,9	22337
11. "	1	64478	?	?	64478	3908	4,5	14230
Zus.	485	947784	4158	2093	849626	21352	6,2	126222

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und neu aufgenommenen.

Ein bemerkenswerter Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen trat ein im dritten, vierten, achten und zehnten Bezirk. Neben dem allgemeinen Durchschnitt von 6,2 Prozent Arbeitslosen stehen noch der acht., neunte und zehnte Bezirk. Eine Erläuterung der ungewöhnlich hohen Arbeitslosenzahlen des neunten und zehnten Bezirks ist in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung gegeben worden.

Die Unterstützungssumme der Berichtswoche beläuft sich auf 128 222 M. (Vorwoche 137 164 M.). Im siebten Bezirk steht Sollingen mit seiner Hauptunterstützungssumme. In der Summe des neunten Bezirks ist diese Woche Pforzheim mit 23 600 M. enthalten.

Die Orte, die trotz erfolgter Mahnung bis zum 27. November keine Berichte eingefüllt haben, sind folgende: Neustadt i. S., Langerwehe, Heide i. Holst., Sulingen, Minden, Rehheim, Luxemburg, Welsdrücken, Reipien, Rellingen und Vindau.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Verbandes in den Wochen vom 1. August bis zum 14. November kann folgenden Zahlen entnommen werden:

Berichtswoche	Berichtsstellen geben	Berichtsstellen nicht geben	Zahl der zum Berichtsstellen gegebenen Mitteilungen	Zahl der Berichte, die nicht in den Berichten aufgeführt sind	Zahl der Berichte, die nicht in den Berichten aufgeführt sind	Zahl der Berichte, die nicht in den Berichten aufgeführt sind	Zahl der Berichte, die nicht in den Berichten aufgeführt sind	Zahl der Berichte, die nicht in den Berichten aufgeführt sind
1. u. 2. vom 2. 8. bis 15. 8.	330	122	110 198	384 448	72 440	19,2	336 772	
3. " 16. 8. - 22. 8.	398	54	21 693	382 533	76 407	19,7	136 752	
4. " 23. 8. - 29. 8.	422	30	11 452	377 756	73 893	19,5	146 567	
5. " 30. 8. - 5. 9.	403	49	5 207	367 527	68 329	18,6	149 808	
6. " 6. 9. - 12. 9.	396	56	3 163	364 214	68 284	17,4	108 018	
7. " 13. 9. - 19. 9.	391	61	4 255	557 686	56 502	16,7	139 455	
8. " 20. 9. - 26. 9.	384	68	2 763	351 804	50 431	14,3	138 700	
9. " 27. 9. - 3. 10.	419	32	3 441	357 682	45 395	12,6	311 259	
10. " 4. 10. - 10. 10.	429	20	3 006	355 940	39 640	11,1	271 173	
11. " 11. 10. - 17. 10.	438	13	2 764	353 825	36 466	10,8	282 470	
12. " 18. 10. - 24. 10.	431	15	2 126	350 498	32 078	9,1	195 656	
13. " 25. 10. - 31. 10.	438	12	1 215	348 271	27 727	7,9	179 876	
14. " 1. 11. - 7. 11.	432	14	2 610	345 348	24 154	7,9	187 164	
15. " 8. 11. - 14. 11.	435	11	2 098	343 626	21 352	6,2	126 222	
Zusammen	--	--	177 103	--	--	--	432425	

Seit 1. August hat sich die Zahl der Mitglieder um 190 188 verringert. (Die elf fehlenden Verwaltungsstellen sind dabei nicht mitgerechnet.) Für Berlin ist zu berücksichtigen, daß sich der seit 1. Oktober erfolgte Abgang erst am Quartalschlusß nachweisen läßt. Von den 190 188 abgegangenen Mitgliedern sind 177 105 zum Militär eingegangen worden. Durch Tod, Austritt, Ausschluß usw. hat der Verband also seit 1. August 13 063 Mitglieder verloren. Zur Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit und die besonderen Verhältnisse ist dieser Verlust nicht groß.

Die Arbeitsförderung und die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Verbandes in den Wochen vom 1. August bis zum 14. November kann folgenden Zahlen entnommen werden:

Deutsche Kulturarbeit.

Von Robert Schmidt (Sozialistische Monarchie Nr. 19/1914).

Nach den Bildern und Geschichten, die gegenwärtig im Ausland über unser Land und Freiheit verbreitet werden, könnte es fast scheinen, als würde unsere Kultur mit der der Sozialdemokratie ungefähr auf gleicher Stufe, und als könnte nichts Besseres uns geschehen, als unter die Fittiche der britischen und romanischen Kulturträger zu kommen. Auch die Vorzüglichkeit des russischen Regiments werden uns schon, mit etwas geringerer Unzufriedenheit, aber deutlich genug, vor Augen geführt, und es gibt da ehrliche, die in aller Seelenruhe behaupten, mit der russischen Kultur sei es nicht mehr so schlimm, sie spiele nicht mehr die Rolle wie ehemals, und schließlich: ob Rosat ob Junier, das sei ein großer Unterschied. Der Daily Citizen, das englische Parteiheft, meinte, die russische Kultur stehe mindestens so hoch wie die der modernen europäischen Staaten. Freilich werden ihre Vorzüglichkeiten nur uns Deutschen empfohlen, die wir an nichts Gutes gewöhnt sind, der kleinen Westen will denn doch vom Rosa-Luxemburg nichts hören: Nun

sind wir deutschen Barbaren (diesen Titel müssen wir, scheint es, im Ausland jetzt endgültig tragen*) für diesen steinzeitlichen Rat sehr dankbar. Wir können nur so recht keinen Gebrauch davon machen. Schägt man uns auch gezwängt so ein, als ob wir allenfalls noch für das russische System taugen, für die westeuropäische Kultur aber gar nicht in Betracht kämen, so haben wir doch jedenfalls keine Reizung, uns als die geistige Armen lehnen zu lassen, die man (nach dem System der berühmten englischen Armenregelung der dreißiger und vierzigster Jahre des vorigen Jahrhunderts) möglichst schnell ins Jenseits befördern müsse. Doch nun im Ernst. Vielleicht sind wir nicht ganz unschuldig an dieser Art der Behandlung; denn wie oft haben wir nicht unseren ausländischen Freunden unsere Vorlesungen und ihnen gegenüber dabei mit unserer Bewunderung der vorzüglichen Einrichtungen des Auslands nicht gespart. Schließlich hat man dort geglaubt, man stehe so turmhoch über dem deutschen Jämmer, daß die russische Herrschaft noch eine Erlösung für uns darstelle. Da ist es schließlich kein Wunder, daß unseren Freunden im Ausland die Achtung vor ihren eigenen Lehrmeistern abhanden gekommen ist. Hierüber wird noch Beendigung des Krieges noch mancherlei zu sagen sein.

Das aber steht für uns fest: Wenn von der Kultur der Völker gesprochen wird, so dürfen wir Deutsche immerhin ein gewichtiges Wort mitspielen. Es gibt sehr viele Kulturgüter, die nicht von einem einzigen Volk geschaffen wurden, sondern aus allen Kulturbölkern zusammengestossen, die nicht das Eigentum eines einzelnen Volkes, sondern das der Gesamtheit geworden sind. Und die deutsche Nation kann ohne Überhebung sagen, daß sie keinen geringen Anteil an dieser Gesamtkunst hat. Viele Errungenschaften der Wissenschaft, Kunst und Technik sind heute Gemeinschaft aller Völker geworden. In allen Kulturstaaten besteht nun eine Oberhälfte der Bevölkerung, die Träger dieser Kultur ist und sich dem vollen Genuss ihrer Erzeugnisse hingeben kann. Aber die Kulturfähigkeit eines Volkes hemmt sich nicht nach dieser Oberhälfte. Will man sie in Wahrheit beurteilen, so muß der Abstand geprüft werden, der zwischen jener Oberhälfte und dem übrigen Teil der Bevölkerung besteht.

Um diese Kulturfähigkeit zu lernen, sei zunächst einmal das Schulwesen betrachtet und ein Vergleich zwischen der Schulbildung der deutschen Barbaren, die heute im Feld stehen, mit der der übrigen Nationen gezogen. Darüber erfahren wir folgendes: Von 1000 zum Heeresdienst Eingezogenen waren Analfabeten in Russland 617, in Serbien 434, in Italien 306, in Österreich-Ungarn 220, in Belgien 92, in Frankreich 30, in England 10, in der Schweiz 3, in Deutschland 0,5. Wir sahen also nicht schlecht bei diesem Vergleich, und die Laienfrage, daß wir hier weiter an erster Stelle stehen, ist der Beweis für die Kultur der Gesamtnation. Die Schule ist der wichtigste Hebel für die Bildung des Volkes. In keinem andern Land wird so die Fortbildungsschule und Hochschule gepflegt, zeigt sich bei der Arbeitervolksschule eine so rege Lernbegier wie in Deutschland. Das muß in dieser Zeit einmal deutlich ausgesprochen werden, in der man mit Entzücken wahrnehmen muß, welche Vorstellungen man sich im Ausland über deutsche Verhältnisse macht. Wo gibt es im Ausland ähnliche Einrichtungen für die Arbeitervolksschule in gleichem Umfang wie bei uns?

Mit der hohen Stufe der Schulbildung steht auch das große Lesefähigkeit des deutschen Arbeiters in engstem Zusammenhang. In den älteren Kulturstaaten Frankreich und England hat es die Arbeitervolksschule nur mit Mühe und Not zu einer Tageszeitung gebracht. Warum? Weil sich französische und englische Arbeiter nur schwer dazu versuchen können, regelmäßig eine Zeitung zu lesen, die ihre Interessen vertritt. Sieben geben sie ihr Geld für die Slandal- und Sensationspresse aus; die ist ihnen Bildungsmittel. Wo blieb die alte englische Gewerkschaftsbewegung (von der politischen Bewegung ganz abgesehen), weil sie ohne die gewerkschaftliche immer kraftlos blieb, um diesen Zustand zu ändern? Mit wenigen Ausnahmen (und die datieren nur aus letzter Zeit) hat man dem Erwachsenen des Bildungsbürokrates innerhalb der englischen Arbeiterschaft gleichgültig gegenübergestanden; so gleichgültig wie auch den Interessen der ungelehrten Arbeiter, die von jeher in ihrem kleinen Elend selten etwas von der hilfreichen Hand der mächtigen Trade Unions gespürt haben. Alle Berufe einzeln, die das Schmackvolle dieses Zustandes empfinden, sind an der Indolenz nicht nur der Entrechteten, sondern auch der Bevorrechteten geschult. Die französische Arbeitervolksschule, bei der es nicht anders aussieht, kann wenigstens zu ihrer Erfüllung sagen, daß sie nie die Mittel besessen hat, um für Bildungswerte besondere Ausgaben zu machen.

Haben wir in Deutschland jetzt im Krieg eine wirkliche Kultur zu verteidigen, eine Kultur, an der auch die Arbeiterschaft teilnimmt? Diese Frage muß jeder unbedingt bejahen, der nur einen Blick auf die Einrichtungen wirkt, die von der sozialdemokratischen Partei und von den Gewerkschaften geschaffen worden sind. Alle diese Einrichtungen sind in den Dienst der Kulturförderung gestellt, und nicht zuletzt ist der Nachdruck gerade auf die Verbreitung eines vertiefsten Wissens gelegt worden. Eine systematische Bildungsarbeit ist begonnen worden, die in den letzten Jahren in vor trefflicher Weise ausgeführt wird. Der deutsche Arbeiter liest regelmäßig seine Zeitung, und die sozialdemokratische Presse ist in Deutschland besser bekannt als in England. Auch Bernard Shaw ist der deutschen Arbeiterschaft erheblich mehr vertraut als der englischen. In den luxuriös ausgestatteten Varietés und Lingostangen Londons findet sich Jung und Alt der englischen Geldaristokratie ein, und die Menge nimmt sich vor den zahlreichen gleichen Unternehmen zweiter und dritter Güte. Das ist die dramatische Kunst, die die überwältigende Mehrheit der englischen Nation allein kennt. In Deutschland hat man es dagegen verstanden, das Verständnis für klassische wertvolle Darbietungen in der Arbeiterschaft zu wecken; die Schauspieler fühlen sich irgendwo in dem Kreis ihrer Zuhörer hingezogen, als wenn sie vor den anständig gehörenden Arbeitern auftraten. Die Berliner Freien Bühnen hatten vor dem Krieg fast 70 000 Mitglieder. In anderen Städten sind gleiche Unternehmungen entstanden, oder es werden zu ermächtigten Freien Volksvorstellungen veranstaltet. Wo bleiben die großen englischen Organisationen, um gegenüber der klaffenden Kluft die Arbeiterschaft von jenem unkultivierten Kreislauf

tung zu steigern, die schon im Übermaß angefacht ist. Auch im Ausland muß man von den Parteigenossen so viel Objektivität verlangen, daß sie sich nicht zu Mischthüten solcher Kreisbereichen machen. Wir haben anderen Nationen gegenüber nie überlegen getan und sind mit den Präzessoren, die es taten, recht unsanft umgegangen. Doch Reaktionstheorie ist wahrschließlich keine spezifisch deutsche Sache, sie ist wohl auch unterwärts zu finden. Wir wissen, daß in kultureller Beziehung in Deutschland noch sehr viel zu vollbringen ist. Aber die deutsche Arbeiterschaft kann auch jetzt schon den Vergleich mit dem Ausland jederzeit aushalten. Wir haben eine Kultur zu verleibigen, die durch die Verlegsmüren schweren Schäden ausgesetzt ist. Selbst für den schlimmsten Fall glaube ich nicht, daß diese Kultur verloren geht, aber ein Rückschlag wird unvermeidlich sein, und eine lange Zeit des Aufbaus wird von neuem erforderlich werden. Mit dem militärischen Niederzuwerken wollen unsere Gegner, will vor allem England, das den Wirtschaftskrieg proklamiert hat, gleichzeitig die wirtschaftliche Entkräftigung erreichen, was von ausschlaggebender Bedeutung ist. In diese große Gefahr für Deutschland wird gerade die Arbeiterschaft als der am schwiersten leidende Teil hineingerissen. Mit der trügerischen Behauptung, unsere Gegner wollten die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands reformieren, bleibe man uns gefällig fern. Die Beweggründe ihres Handelns sind nicht idealistischer, sie sind vielmehr recht materialistischer Art, sie sind vom kapitalistischen Interessen bestimmt, die in diesem Krieg so stark in den Vordergrund treten wie nur je in einem Konflikt der Völker. Der englischen Regierung ist die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands höchst gleichgültig; ihre Maßnahmen sind von den Interessen des englischen Kapitalismus diktiert, ihre Aufgabe sieht sie darin, die wirtschaftliche Machtschaltung Englands zu festigen und zu erweitern. Die Form, die sie für ihre Politik gewählt hat, kann uns über deren Richtung nicht täuschen. In den Dienst des englischen Monopoliestabes hat sie sehr geschickt ihre Verbündeten gestellt. Frankreich namentlich soll für den englischen Kapitalismus die blutigen Opfer bringen, die schweren Kosten des Krieges tragen, um, wie man in England faslicht, im günstigsten Falle doch nur mit einem kleinen Bruchteil der Rente entschädigt zu werden.

Nun, diese Rechnung ist nach meiner Überzeugung sehr falsch. Sie sind eingesetzt haben und glauben die britische Weltbeherrschung, die aus eigener wirtschaftlicher und Kulturstarkt sich nicht mehr halten kann, durch die militärische Gewalt der Allianzen in alter Herrlichkeit ersieben lassen zu können, werden zu spät erkennen müssen, daß sie sie gerade damit selber preisgegeben haben. Das deutsche Volk wird dem unberechtigten Verlangen nach der Stabilisierung einer dauernden englischen Wirtschaftsuprematie nicht geopfert werden. Und diese Gewissheit schöpfen wir nicht zum wenigsten auch aus der ernsten, chelichen Kulturstarkt der deutschen Arbeiterschaft.

Befreiung oder Ausnutzung der Arbeitslosigkeit?

Wenn die bis jetzt verlorenen vier Kriegsmonate etwas einwandfrei bewiesen haben, so ist es die Tatsache, daß die auf Industrie und Weltmarkt beruhende Vollbeschäftigung unserer Lage von einem Kriege ganz anders gestoßen wird, als alles Wirtschaftsleben früherer Zeiten. Die Urtheile darüber liegt nicht zum wenigsten in der gewaltigen Veränderung, die das Verhältnis zwischen Krieg und Technik in den letzten Jahrzehnten erschaffen hat. Diese Veränderung, die man zusammenfassend als eine Befreiung der Technik aus ihrer ursprünglichen Abhängigkeit vom Kriegsbedarf kennzeichnen kann, ist das Ergebnis einer sehr langen Entwicklung, die im Grunde mit der Weltbeobachtung der ersten Menschen begonnen hat. Noch während des ganzen Mittelalters bildeten die der Werkstechnik dienenden Handwerker den Kern aller gehirnhaften Arbeit. Die gesamte Heere der folgenden Jahrhunderte setzten den ersten Maschinenbau und verankerten oder ermöglichten die ersten nemenswerten Versuche der industriellen Gütererzeugung. Es ist daher kein Wunder, daß in jenen Zeiten der Krieg für viele Gewerbe eine erwünschte Gelegenheit zu ungangreicher und gewinnbringender Beschäftigung war.

Dieser Zustand hat mindestens noch vor hundert Jahren in allen Industriestädten bestanden und ist für die Beurteilung des Krieges in den führenden Kreisen der Industrie auch noch sehr viel später bestimmt gewesen. In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch vieles geändert, das Verhältnis zwischen Kriegstechnik und industrieller Erzeugung von Grund auf geändert. Bei voller Beschäftigung der momentan in den letzten Jahren gewölblich geprägten Rüstungen wird man unbedenklich sagen können, daß man in Friedenszeiten nur ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil der deutschen Fabrikarie — schätzungsweise vielleicht 10 Prozent — mit Rüstungen für Heer und Marine beschäftigt ist, und wenn sich dieses Verhältnis bei Ausbruch eines Krieges auch ganz beträchtlich verschobt, so wird dadurch doch nichts an der grundlegenden Richtigkeit des Satzes geändert, daß die industrielle Gütererzeugung sich in schnell wachsenden Grade mit der Befriedigung von Friedens- oder sogar von hoher Kriegsbedarf beschäftigt und folglich ein immer kleiner werdender Teil der gewölblichen Unternehmer an dem durch Kriegserzeugungen möglichen Gewinn beteiligt ist.

Die Folge hieran ist, daß heute ein viel größerer Teil der Industrie von den üblichen Wirkungen des Krieges in Widerstandsfähigkeit gegegen wird. Auf diesen Unternehmungen lastet nicht mit der unmittelbaren Druck, der sich aus Widerbeschaffung über völkerlichen Stilllegung einzelner Industriezweige ergibt, sondern ihnen werden auch die allgemeinen Kosten des Krieges, der Rüstungsbau und der Gewerbeaufgaben zugesetzt werden, die höchstlich aber doch wieder auf die neuzeitliche Verdichtung überholzt werden müssen. Soher ist es nicht zuletzt auf diese Zusammenhänge zurückzuführen, wenn die Zunge der Arbeiterschaft heute von vielen Bezirken erstickt wird, die ihr sonst gern aus dem Wege zu gehen pflegen. Die hieraus entstehenden Auswirkungen können von der Widerbeschaffung rasch als ein Gewinn gebracht werden, der seiner Stärke nach noch in den späteren Jahren gut geführt werden wird.

Gewerkschaftlicher Vorwärtsbewußtsein ist in der Deutschen Reichs- und Wirtschafts- und Betriebsräte des Bezirks besonders ausgeprägt, mit dem Gesetz vom 4. August dieses Jahres, das die erweiterte Befreiung betrieblicher Abschreibungen aus den Schärfestümeln der Gewerbeordnung, insbesondere durch Abschaffung der höchster Gewerbeabschüsse, gestattet. Nach einer langen Durciegung der Deutschen Gewerkschaften beschloß es für alle folgenden Beratern über die Folgen solcher Abschreibungen für die Sicherung des Arbeiterschutzes:

„So jetzt kann dieser Schärfestum in der ersten Anwendung, die das Gewerbe oder Stoffe erfordert, beobachtet werden, ja bleibt es auch Fortdauernd, soß um diese Abschreibung nicht vorausgesetzt wird, wenn dann die Abschaffung von geprägten Gewerbeabschreibungen der Sicherheit der Arbeiterschaft und insbesondere Arbeitern und sozialen Beratern kann, damit die Zahl der durch den Krieg beschäftigungslos gewordene Arbeiter auf ein Mindestmaß heruntergebracht wird.“

So beschreibt sich auch die gleiche Stelle noch aus dem Deutschen Gewerbe-Mehrtafelblatt, der, aus anderen Über-

Ausgaben zu bestreiten. Doch zieht er auch die psychologischen Wirkungen in Betracht, die die wachsende Arbeitslosigkeit gerade in dieser Zeit auf weite Volkskreise ausüben muß. Er schreibt deshalb:

„Wir können unsere Arbeitslosen nicht hungern lassen, sondern müssen sie mindestens ebenso ernähren und Kleiden, wie die Kriegsgefangenen, die wir unseren Feinden abgenommen haben. Die Unterhaltung der Arbeitslosen verursacht also große Kosten, die von der Rückerstattung und nicht direkt von der Zukunft aufzubringen werden müssen. Es ist wirtschaftlich jedenfalls richtig, daß es nicht erst auf Stromme zu lassen, sondern die vorhandene Arbeit noch Möglichkeit unter alle Arbeiter zu verteilen und dem einzelnen weniger Lohn zu geben, oder auch Arbeiten ausführen zu lassen, die im Augenblick noch nicht nötig sind, anstatt eine große Zahl von Arbeitslosen ohne Gegenleistung mit Almosen zu ernähren. Nicht bloß in wirtschaftlicher, sondern auch in psychologischer Hinsicht ist das richtig. Denn nichts wirkt auf jemand, der an Tätigkeit gewöhnt ist, niederkämpfend aber ist Beschäftigungslosigkeit, die dazu nötigt, um Almosen zu bitten. Lassen wir aber die Niedergeschlagenheit und pessimistische Stimmung erst bei einem großen Heer von Arbeitslosen entstehen, so stellt sie sich auch bald den übrigen Volksgenossen mit, und wir brauchen nicht zu sagen, wie gefährlich Niedergeschlagenheit und Pessimismus gerade in diesem Kriege, der alle unsere Spannkraft erfordert, sein würden.“

Leider erfahren diese äußerst treffenden Sätze eine höchst unerfreuliche Ergänzung durch Ausführungen, die der Verfasser an einer späteren Stelle seiner Abhandlung macht. Offenbar in der Absicht, seine umfangreichen Vorschläge zur Belebung der Industrie den Unternehmern möglichst verdeckt erscheinen zu lassen, macht er an drei verschiedenen Stellen die tendenziöse Bemerkung, daß es in Kriegszeiten möglich sei, wesentlich billiger zu bauen als sonst, weil — die Arbeiter „jetzt durchaus bereit“ seien, billiger zu arbeiten als bisher. Nach dem Kriege jedoch sei wahrscheinlich mit einer allgemeinen Steigerung der Arbeitslöhne zu rechnen; „denn einmal wird das Arbeiterheer durch den Krieg merklich vermindert und außerdem nach dem Kriege mehr Arbeit fehlen als vorher, weil nicht bloß dieselbe Freizeit zu innen ist wie früher, sondern auch viel Besoldetes neu geschaffen werden muss.“

Diese ziemlich unverhüllte Aufforderung an die Unternehmer, die Sicherheit der Arbeiter zu suchen, um in großem Umfang niedrigere Löhne als bisher üblich zu vereinbaren, muß von uns um so mehr zurückgewiesen werden, als sie in einer Zeitschrift erschienen ist, die sonst ständig bemüht ist, sich jeder Einwirkung in die zwischen Arbeitern und Unternehmern strittigen Fragen zu enthalten. Warum sie diese Neutralität gerade in der Zeit des allgemeinen Kriegsfriedens verlor, ist doppelt unerklärlich. Bei einem Rückdenken hätte die Redaktion sich doch sagen müssen, daß, wenn solche Pläne auch nur teilweise befolgt werden, gerade das Gegenteil von dem erreichen wird, was durch die Belebung und Wiedererweckung der industriellen Tätigkeit erreicht werden soll. Die Arbeiterschaft ist jedenfalls nicht geeignet, sich während des Krieges auch noch die langen Vorteile entwinden zu lassen, die sie im Laufe vieler Friedensjahre in opferreichen Kämpfen errungen hat, und jeder dahin zielende Versuch wird sowohl wie möglich abgewehrt werden müssen.

Ein Arbeiterzug nach Namur.

Es war Mitte September, als bei der Kriegsarbeitszentrale in Köln von der belgischen Fortifikation in Namur telegraphisch 1000 Arbeiter aller Berufe für Ammunitionsarbeiten verlangt wurden. Es wurde weiter noch in dem Telegramm gefragt, die Arbeiter müßten gute Bekleidung, Schuhzeug und Schlafdecken mitbringen und mit jeder Unterkunft fürlich nehmen. Lohn nach Beruf und Brauchsbarlett 7 bis 10 für den Tag bei keiner Unterkunft. Für Verpflegung hätte jeder selbst aufzutreten. Einige Tage später werden die weiteren Arbeitsbedingungen bekanntgegeben. Sie lauteten dahin, daß jeder Arbeiter bei der Abreise aus Köln in ein militärisches Verhältnis trete und bis zum Abschluß der Artilleriearbeiten in Namur bleiben müsse. Bei Zwiderhandlungen gegen Zucht und Ordnung traten Geld- und Arreststrafen in Kraft. Übergriffe gegen die Einwohner des Landes oder deren Eigentum würden noch den Kriegsgegner streng bestrafen. Wenn die Soldaten nicht zu erzielten wären, würde die ganze in Frage stehende Artilleriebrigade durch Rohrbogengeschütz besiegelt. Mit jeder Unterkunft und Störungen in der Verpflegung, wie sie sich aus den kriegerischen Verhältnissen ergeben könnte, hätte sich jeder zuschreiben zu geben. Der Lohn beziehe sich auf 10ständige Arbeitzeit.

Es waren diese Arbeitsbedingungen, die fast sämtlichen Vertretern der Kriegsberbeitszentrale sehr lästig vorlagen und es bestanden Zweifel, ob unter diesen Bedingungen 1000 Kölner Arbeiter für Namur zu bewegen wären. Die Bedingungen wurden angekündigt und Anmeldungen erbeten. Über alles Einzelne wußten sich am ersten Tage schon 470 Leute. Die Reise wurde auf die eingeladenen Geschäftsführer verteilt. Es kamen auf die freien Geschäftshäuser sechs Schuhstiefel, auf die Schuhfabriken drei Schuhstiefel und auf den Hirzschuhmacher Seidenwäscherei ein Schuhstiefel. Zum gleichen Ergebnis: Es meldeten sich weit mehr Leute, als gebraucht werden konnten. Es kam angemeldet werden, daß zum Teil der Gedanke, in Feindeland zu kommen und die Wirkungen des Krieges mit eigenen Augen zu sehen, die Lust reizte. Zu übrigen aber trieb die Not und der Gedanke, Geld zu verdienen, die Lust hinaus. Hunger ist wohl das leid, dem man dann erliegen, daß sich viele melden und daraus droht, zwischen zu kämpfen, deren Körper- und Gesundheitszustand für solche Arbeiten und Anstrengungen nicht geeignet war.

Neben die Bereitstellung und Abschaffung des Zuges wurde mit der Einrichtung einer Unterkunft und in der Zwischenzeit mit dem Abschließensatzpunkt der Stadt Köln ein Vereinigungskomitee gegründet, das die wichtigsten lokalen Dörfer den Arbeitern aus der Kriegsarmee ließ und der Preis dafür ihnen dann in Namur am Lohn abgezogen werden sollte. Ferner wurde vereinbart, daß die Familien der Arbeiter möglichst einen Vorlohn bis zu 25 % von der Stadt bekommen, der ebenfalls vom Lohn im Abzug zu bringen wäre. Lange dauerte es, und viele der gemeldeten Arbeiter hatten schon irgendwo andere Arbeitsplätze gefunden, als endlich am 2. Oktober aus der Gewerkschaft der Metallarbeiter eine Abteilung, die Mitglieder des Zuges erfolge am Dienstag dem 6. Oktober vorabends 10 Uhr vom Güterbahnhof Kassel aus. Sonstigen Leuten wurde nun mitgeteilt, einer Spende (Spender) sowie für drei Tage Lebensmittel mitzubringen.

Die Fahrt.

Es war ein regnerischer sommerlicher Herbsttagen, als sich die ersten Arbeiter mit ihren Sachen auf dem Güterbahnhof trafen. Von zwei großen Lorenzen herab erfolgte gegen Mitternacht die Abfahrt der Züge. Um 10 Uhr war der lange Zugvorspann hinter Klöße, der in der Mitte eines Zuges zweier Klöße für die Transportvorbereitung stand, aus dem Güterbahnhof Kassel und in dieser Ordnung, die einziges maler Bild zeigte sich leider bei einer Anzahl den Arbeitern in Schutz vor Schlagschädeln. Um 11 Uhr 10 Minuten erfolgte unter kräftigen Abschreitungen die Abfahrt. Aber jetzt sahen wir ein richtig schönes Bild, was es heißt, während des Krieges eine soartige Kette zu werden. Nach einigen Minuten und einer Abfahrt von 30 Minuten 10 Sekunden 1000 Mann auf 1000 Wagen, waren die beiden Klöße, die Spender und die ersten 7 Wagen, ausgetauscht von Soldaten, und so fuhren fort.

Sechs von 7 Wagen fuhren mit der Zug in Namur. Mit anderen Unternehmungen kamen wir zusammen mit 7 Wagen in die Endstation des Güterbahnhofs, einen Güterbahnhof bei 1000 Mann

mit Kasse zu versorgen, so war dies erst recht der Fall bei unserem Arbeitertransport. Es schickte eben an Ordnung und Disziplin. Es hatten noch nicht alle etwas Brot und Käse geküßt, als es schon wieder fortging, auf der Höhe des Bahnhofs zu. Aber trotz der wenigen Kilometer bis zur Grenze sollte es doch noch vier Stunden dauern, ehe wir dort ankamen. Es war Mittag und vielen knüpfte der Magen. Über mit dem dortigen Küchenmeister, der die Verpflegung der Militärs transportierte übernommen hatte, war eine Einigung über den Preis für einen Henselmann Erdbeeren nicht zu erzielen, und es mußten wieder unverrichteter Sachen wieder abziehen. Besser sollte es da gegen in Lüttich werden. Durch einen diensttuenden Unteroffizier bekamen wir schon vor der Einsicht in den Verschiebebahnhof ein gedrucktes Zirkular zugeleitet, das die wesentlichen Bestimmungen über die Verpflegung und den Abwenthalt enthielt. Nach einigen kurzen Verhandlungen mit dem Bahnhofskommandanten mußten die 1000 Mann antreten und jeder bekam seinen Henselmann voll Gruppenuppe. Als für die letzten 150 keine Suppe mehr vorhanden war, gab es Kaffee, Brot und Käse. Kaum war der letzte Mann abgeführt, als auch schon wieder ein Bataillon hungriger Soldaten anmarschiert kam. Die Küche und Speisehallen waren da sehr gut eingerichtet, sie lagen unmittelbar am Bahnhof. Eine halbe Stunde später sollte unser Zug durch das in wunderbare Herbstpracht gekleidete Maastal. Viele Vergleiche wurden angestellt zwischen Rhein- und Maastal, und mancher war nicht darüber schlüssig, welches wohl das schönere sei.

Gegen 10 Uhr abends näherten wir uns Namur, um 10½ Uhr fuhren wir in den hell erleuchteten Bahnhof ein. Zwei Offiziere der Fortifikation mit einigen Soldaten erwarteten uns. Es hieß zu je zwei Mann antreten und kurze Zeit darauf marschierte der erste Zug von 250 Mann nach dem Fort Sartelle. Um 12 Uhr marschierten die letzten vom Bahnhofplatz zwei Stunden weit in die dunkle Nacht hinein nach dem Fort de Dave.

Die Besichtigung der Forts.

Nochdem wir uns in einem großen Hotel am Bahnhof, das als Offizierskino benutzt wurde, genug ausgeruht hatten, gingen am nächsten Morgen zwei unserer Führer sowie ein Christlicher und ich zur Fortifikation, um mit den dortigen Offizieren über die Arbeitsangelegenheiten zu verhandeln. Nach dreistündiger Verhandlung mit den Hauptleuten B. und S. hatten wir sämtliche Arbeitsbedingungen und die sozialen Versicherungsverpflichtungen zu unserer Zufriedenheit eingehend besprochen. Sämtliche Führer bekamen von den Erfahrungen, sich drei Tage im Bereich der Festung Namur aufzuhalten und sich nach der Arbeit und der Unterkunft der Arbeiter zu erkundigen. Um nicht von den Posten angehalten zu werden, befahlen wir Armbinden und gaben damit als Angeklagte der Fortifikation. Von den neun Forts, die alle 1 bis 2 Stunden von Namur entfernt liegen, besichtigten wir Sartelle, Marcheboeket, Andot und Maizierte. Zum größten Teile waren unfeierte Leute in verschlossenen Schulen, Schläfern und Höhlen auf Stock untergebracht. Gefangen wurde nach Soldaten, gemeinsam. Von einigen Ausnahmen abgesehen, erklärten die Leute, aufzubrechen zu sein. Sämtliche Forts liegen auf Anhöhen tief in der Erde und haben 6 bis 8 Panzerfüße.

Die Wirkungen des Krieges.

Kaum war man hinter dem Bahnhof Herbesthal unter der Brücke, die die Grenze zwischen Belgien und Deutschland bildet, durchgefahren, so sah man auch schon die ersten Zeichen des Krieges. Links standen auf Nebengassen 12 bis 15 schwere belgische Maschinen, die zum Teil schwungsvoll dazugehört waren. Sie rührten aus dem Tunnel her, den die Belgier beim Ausbruch des Krieges durch Aufeinanderschichten der Maschinen gesprengt hatten. Einmal später kamen wir an dem schon viel erwähnten Donchamp vorbei. Dort sah man unten im Tale einige zerstörte Häuser und ferner eine vollständig zertrümmerte Brücke. Später sahen wir einige gewaltige zerstörte Maasbrücken und das sehr stark zerstörte Städtchen Nieden. Namur selbst, die schöne, heilige Stadt am Einfluß der Sambre in die Maas, ist ziemlich verschont geblieben. Nur das Rathaus und 20 bis 30 umliegende Wohn- und Geschäftshäuser sind zerstört. Die Eisenbahnbrücke über die Maas und die Brücke über die Sambre wurden von den Belgieren gesprengt. An letztere, eine Betonbrücke, haben unsere Pioniere ein Stück aus Holz angebaut. Zwischen den zweiteiligen Eisenbahnbrücken wurde in 21 Tagen eine vollständig neue Eisenkonstruktionsbrücke hergestellt. Von mir über Namur hinaus in die Nähe der Forts, so sah man die schrecklichen Wirkungen der deutschen Artilleriegeschütze überall. Viele Gebäude, die ganze Dörfer mit Kirchen und Schulen waren zerstossen. Welt im Umkreis der Forts sind auch die Gräber der gesunkenen Soldaten. Belgier und Deutsche ruhen dicht nebeneinander, vier und sechs in je einem Grab. Da wo es die Totengräber sessstellen konnten, haben sie die Namen der Begrabenen auf ein schlichtes Holzkreuz geschrieben. Auf anderen Gräbern steht: Hier ruhen vier belgische oder sechs deutsche Soldaten vom Regiment Nr. ... Es gibt auch Massengräber — eins wurde uns gezeigt —, worin 50, und ein anderes, wohin sogar 300 Soldaten beerdigt sind. Alle Gräber sind durch die Fortifikation in Ordnung zu bringen. Verschüttete waren schon mit Blumen geschmückt und mit einem schönen Holz- oder Eichengitter umgeben.

Die Stimmung der Belgier.

Was die Belgier als Bewohner eines „neutralen Staates“, die in ihrer großen Mehrzahl niemals den Krieg gewollt hätten, während der wenigen Monate des Krieges schon ausstechen mußten, ist unverständlich. Man betrachtet die Deutschen allgemein als die Barbaren, die widerrechtlich in ihr Land eingefallen sind. Alle Achtung und Sympathie, die die belgischen Arbeiter in Friedenszeiten den deutschen entgegenbrachten, ist verschwunden, es macht sich höchstig nur Hass bemerkbar. Auf der Fahrt nach Namur sahen wir in den Vororten von Ettel und Lüttich zahlige Trupps von 10 bis 50 belgischen Arbeiter bewaffneten. Auf das fortwährende Minen- und Räuspern unserer Arbeiter rührte sich nicht ein einziger. Mit Waffen von Fuß und Kopf sah man unsern Zug nach. Man kann das verstehen. Als einige unserer Leute darüber ergerlich wurden und zu schimpfen anfingen, erinnerten wir sie mit daran, daß auch diese Arbeiter ihr Vaterland lieben, und sofort beruhelten sie sich ruhig. Ein anderes Bild, das die Gefühle der Belgier weit besser und ich möchte sagen, auch weit schöner zum Ausdruck brachte — wir müssen uns nämlich bei der Beurteilung immer in die Lage dieser Menschen zu versetzen und zu urteilen —, zeigte sich uns bei der Rückreise. Unsere Rückreise erfolgte in einem Zug, wodurch verhinderte Zeit, Feenzothen, Engländer, Belgier und zum größten Teil unverstandene Gefangene waren. Die drei ersten Wagen waren Gefangene, in der Mitte des zweiten Wagens einige französische Flüchtlinge, und siehe da: die französischen Gefangenen, die wir auf unserer Reise haben, wurden lebendig, sie würden und grüßten freundlich — um aber sofort wieder regungslos zu werden, als die drei ersten Wagen vorbei waren und die grellen Uniformen der verhinderten deutschen Soldaten sichtbar waren. Am Ende des Zuges kamen wieder eine Anzahl Wagen mit Gefangenen und leichtverwundeten Franzosen, Belgier und Engländer, und wiederum wirkte man ehrig, gehobt, belebt von dem Wunsche: Ach, können doch bald die Verbündeten nicht mehr als Gejagte, sondern als Freunde sein.

Wer für hohe Ideen lebt, muß vergessen, an sich selbst zu denken.

Ist das noch derselbe Krieg?

Über diese Frage haben sich noch zwei sehr beachtenswerte Stimmen vernehmen lassen. Die Frankfurter Volksstimme (Nr. 277, 27. November 1914) schreibt in einem „Schicksalsfragen“ betitelten Artikel:

„Aber es ist daneben richtig, daß seit dem 4. August der Weltkrieg durch die Beteiligung Englands eine unerwartete Wendung genommen hat. Erinnern wir uns der heftigen Szene zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem englischen Botschafter in Berlin vor dessen Abreise, die durch den amtlichen Bericht des letzteren nach London verbürgt ist, um festzuhalten, wie wenig auch die leitenden Kreise in Deutschland mit dem Eingreifen Englands rechneten. Was also seitdem in dieser Weltkrieg so durchsetzbarer Gefahren für unser Land hinzugekommen ist, das röhrt aus einer Quelle her, die am 4. August weder die Regierung, noch wie hervorbrachten hören. Dann aber folgte Stich auf Stich gegen uns vom Kanal her: das englische Expeditionsheer, Drohungen mit unausgesetzten weiteren Verbündungen von Hilfstruppen, die Entfernung der Japaner und der kanadischen Welt gegen uns, die Erklärung des englischen Feldzugs zum Gesäßkrieg gegen die deutsche Arbeit und den deutschen Weltmarkt, die Blame, wie man sich mit Amerika in den Geschäftsräumen stellen sollte, wenn Deutschland als Industrie- und Handelsland vernichtet sei, endlich die abschließende Behandlung der Deutschen in England. Damit aber hat Großbritannien die deutsche Sozialdemokratie, die in der industriellen Entwicklung Deutschlands wortet, nur noch fester hinter ihr Vaterland gestellt. Es bleibt jetzt doppelt richtig: unsere Arbeits- und Lebensbedingungen sind in höchster Gefahr, und in der Stunde der Gefahr können wir unser Vaterland nicht im Stiche lassen. Wir ehrten solche Dantekreisempfindungen, wie sie zum Beispiel Genosse Bernstein aus der Zeit seiner Londoner Verbannung gegen England hatte, und es war einer der schönsten parlamentarischen Augenblicke, den wir erlebten, als Bernstein bei den deutschen Verhandlungen über die Reform des Staatsbürgertrecks der preußischen Regierung zu betonen drohte, welchen Schutz und welche Freiheiten er, der wegen seiner Gestaltung in Deutschland Gedächtnis, drückte, darüber an der Thematik Jahrzehntelang gehabt. Aber angepeitscht durch die Angst, die alten Vorurteile auf dem Weltmarkt zu verlieren, auf Grund deren es sich jene Liberalität gefestigt hat, hat ja England gerade jetzt diesem Weltkrieg seine kapitalistische Schärfe gegeben. Jetzt sucht es Deutschland zu erdrücken, wie ein Spuklanten gegen den unbekümmerten Konkurrenten totzumachen strebt. Mit der Frage, ob das Monopol des britischen Seemilitarismus und seiner Weltmacht mit der blutigen Zerstörung Deutschlands bestraft werden soll, ist die andere Frage unlösbar verknüpft, ob die selbständige deutsche Arbeiterbewegung mit ihren idealen Zielen und ihrer praktischen sozialen Umformungsarbeit oder die im Schlepptau des englischen Handelskapitalismus segelnden englischen Arbeiterbewegung mit ihren engen Gesichtspunkten den Fortschritt des Sozialismus im Innern fördern sollen. Vor dieser Schicksalsfrage zögrend stehen, biete für uns deutsche Sozialdemokratie unter Höchstes preisgegeben. Wir kämpfen für unser Vaterland, weil es der beste Boden für unsere Menschheitsbestrebungen und unsere Gegenwartsarbeit war und bleiben soll.“

Und im Anhalter Volksblatt führt Genosse Wolfgang Heine unter anderem aus, daß er die Einmütigkeit in der Haltung der Fraktion und der gesamten Partei jetzt für noch notwendiger ansieht als vor vier Monaten, und zusammenfassend sagt er dann:

„Ob wir wollen oder nicht, wir müssen im Westen kämpfen. Und drohen uns etwa von dort keine Gefahren? — England hat das Programm eines zwanzigjährigen Krieges gegen Deutschland angekündigt und zugleich die Arbeiterschule bekennt sich zu diesem Ziel des Vernichtungskrieges. Französische und belgische Sozialisten stöhnen in dasselbe Horn.“

Die Bevölkerung haben Hindernisse und Reger auf europäische Kriegsschauplätze gebracht. Hält Bernstein eine Invasion dieser Horden nach dem reichsvollerten, blühenden Rheinland für weniger schädlich als die Ueberflutung der ostwestfälischen Waldgebiete durch die Russen? — Ich sollte meinen, der Verlust an Gas und Blut würde in Westdeutschland noch hundertfach größer werden als an der Ostgrenze...

Und was sollen unsere Soldaten in Frankreich und Belgien dazu sagen, die einen beispiellos heldenmütigen und opferreichen Kampf zu kämpfen haben? Wir haben für das Wohl dieser Tapferen auch heute noch die Verantwortung. Sollen wir sie im Stiche lassen, weil ihre Verbindung den strategischen Ideen Bernsteins nicht entspricht? — Sollen wir sie mit Gewalt der Partei entfernen? —

Was sollte man von einer Politik denken, die je nachdem die Wechselseite des Krieges zum Vorloß noch dieser oder jener Seite nötigen, ihre Stellung zur Verteidigung des Vaterlandes ändert? Gewollt haben wir alle diesen Krieg nicht, weder den gegen Russland noch den gegen die Westmächte. Über den Krieg war da und bedroht das wirtschaftliche, kulturelle und politische Dasein unserer Nation. Wir mühten deshalb alles zum Schutz dieser Güter nötige tun. Der Krieg ist noch da, und wir müssen weiter so handeln. Wir müssen durchhalten! Nicht mit dem Ziel einziger Erinnerung oder der Unterjochung anderer Völker, sondern um unserer und unserer Kinder Sicherheit zu gewähren. Damit wird gelungenst heut wie am ersten Tage des Krieges.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fertämer zu vermeiden und eine geregelte Beitragseistung zu ergießen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 6. Dezember der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Dezember 1914 fällig ist.

Es wird hiermit nochmals besonders auf die Bekanntmachung in Nr. 44 und das Circular vom 15. November wegen Verstellung von zweiten, dritten und vierten Büchern zu hingewiesen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statut:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M.: Der Werkzeugmacher Franz Hainthaler, geb. am 31. Januar 1872 zu Wiener Neustadt, Buch-Nr. 686 086, wegen unfollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Werkstattarbeiter Hugo Straub, geb. am 2. Dezember 1885 zu Steele, Buch-Nr. 9119005, wegen beständiger Manipulationen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erprobten Beleidigungen zu rechtfertigen. Sollten einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wittberg:

Die Gemeindeamt, Buch-Nr. 208407, wegen Betrug.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Königsstraße 16a“ zu abliefern. Geldsendungen abriefiert man nur an Theodor Verreaux, Stuttgart, Königsstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wo sie das Geld vereinahmt ist.

Mit kollegalem Gras Der Vorstand.

Rundschau.

Eine Eingabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat am 25. November an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gebracht, wonit er um Befreiung von Geldmitteln bitte, um die Städte und die Industriegemeinden in den Stand zu setzen, an die durch den Krieg arbeits- und beschäftigungslos geworbenen Arbeiter, Angestellten und Handwerker Unterstützung gewähren zu können. Die Eingabe erläutert die Anstrengungen von Städten und Gemeinden an, durch öffentliche Arbeiten zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beigetragen zu haben. Innerhin sind noch viele da, denen man beim besten Willen keine Arbeit verschaffen kann. In der Metallindustrie liegen zahlreiche Gewerbebetriebe vollständig darunter, so die Spielwarenindustrie in Nürnberg, die Edelmetallindustrie in Pforzheim, Hanau, Gmünd, Berlin und Bremen, die Fahrzeughäuse, Nähmaschinen- und die Gelbmetallindustrie an verschiedenen Plätzen des Reiches, die Messer- und Schneidwarenindustrie in Solingen etc. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat an seine arbeitslosen Mitglieder vom 2. August bis zum 31. Oktober 4 060 839 M. ausgegeben. Die Eingabe weist darauf hin, daß alle Anstrengungen der Gewerbebetriebe nur einen Teil der Not lindern können, sie schildert dann den Notstand kurz und hebt besonders hervor, wie schwammischverschaffte Arbeiter, Angestellte und Handwerker daran sind, wenn sie in der jetzigen Zeit keinen Verdienst haben. Die Eingabe schließt folgendermaßen:

„In dankenswerter Weise haben einige sozial einsichtige und leistungsfähige Stadtgemeinden dem mit dem Krieg verbundenen Notstand umfangreicher und langdauernder Arbeitslosigkeit durch Einführung kommunaler Unterstützungsanstaltungen zu steuern versucht. Die Zahl dieser Gemeinden ist aber noch sehr gering. Das liegt zum Teil nicht so sehr an mangelnden sozialen Verständnis für die durch den Krieg an örtlicher Bedeutung gewordnen sozialen Fragen, sondern weit mehr an der Unmöglichkeit, in dieser Zeit des großen Geldbedarfs die notwendigen Mittel für eine kommunale Arbeitslosenunterstützung häufig zu machen. Die hier notwendige Hilfe kann nur durch das Reich und die Bundesstaaten erfolgen, diese allein sind in der Lage, mit ihren Mitteln und mit ihrem großen Kreide den Gemeinden helfend zur Seite zu treten und denselben möglichst rasch die notwendigen Geldmittel zur Verfügung stellen zu können.“

Besonders dringend ist die Fürsorge für die Arbeitslosen aus Reichsmitteln für die Winterzeit, in der erhebungsgemäß die Arbeitslosigkeit stets erheblich zunimmt. Das wird besonders in der Kriegszeit der Fall sein. Die Verschärfung des ohnehin vorhandenen Notstandes ist deren unmittelbare Folge. So mancher mit Notstandsarbeiten vorübergehend beschäftigte Arbeiter, Angestellte oder Handwerker wird erneut von der Arbeitslosigkeit betroffen werden und wiederum in große Not und Sorge geraten. Die Arbeiter haben bisher ihre Schuldigkeit für das Vaterland willig und gern getan und werden es auch weiterhin tun. Aber es ist doch ein Unterschied, ob die ins Feld Gezogenen mit dem Gewisssein kämpfen, daß ihre zurückbleibenden Angehörigen und ihre durch den Krieg unverhohlen arbeitslos gewordenen Kollegen keinen Mangel leiden oder diese mit Nahrungssorgen bitter zu kämpfen haben. Ist nun auch die Familienunterstützung der Ausmarchierten bei weitem nicht überall ausreichend bemessen, so ist dieselbe aber doch unzweckmäßig besser als die Fürsorge für die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter, Angestellten und Handwerker geregt. Die Arbeitslosen in die allgemeine Fürsorgepflicht mit einzuschließen, ist nicht nur eine soziale Pflicht, sondern eine zwingende Staatsnotwendigkeit, um das Wohlergehen von Hundertausenden von Staatsbürgern und deren Familien zu sichern und damit die Volkskraft zu heben.“

Die beste Lösung der Frage der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln ist deren Einführung durch das Reich. Solange indessen bei den herrschenden Verhältnissen die Einbringung und Beratung einer entsprechenden Gesetzesvorlage nicht tatsächlich erscheint, bitten wir zur wirksamen Bekämpfung des vorhandenen Notstandes eherdringend um Bereitstellung größerer Summen an die Stadt- und Industriegemeinden des ganzen Landes, damit diese in den Stand gesetzt werden, je nach Umfang der örtlichen Arbeitslosigkeit entsprechende Fürsorgeeinrichtungen treffen zu können. Je höher das geschieht, um so besser ist es für Volk und Staat.“

Von der Kriegsarbeitsgemeinschaft im Baugewerbe.

Der Zentralausschuß der im Oktober aus den deutschen baugewerblichen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden gebildeten Arbeitsgemeinschaft hat zur weiteren Förderung der Befreiungen, die Arbeitslosigkeit in den deutschen Baugewerbe während des Krieges einzudämmen, nun auch an den Anfang Dezember zusammenstehenden Reichstag, an den Bundesrat und die Reichsämter die Bitte gerichtet, daß die schon beschlossenen Bauten umgehend ausgeführt und Mittel für weitere Bauten bereitgestellt werden. Gleichzeitig Eingaben sind in den letzten Wochen an die gegebenen Kompetenzen und Ministerien der Bundesstaaten gerichtet worden. Neben dem Zentralausschuß sind nun bereits fast in allen Provinzen, kleineren Bundesstaaten etc. Bezirksausschüsse der Arbeitsgemeinschaft tätig, die erfreulicherweise bei den Behörden vielfach großes Entgegenkommen gefunden haben. So sind beispielweise von den Kreisregierungen Bayerns größere Summen zu neuen Bauten bereitgestellt worden. Die Arbeitsgemeinschaft wird ihre Aufmerksamkeit nun auch besonders auf die Weiterbefreiung der privaten Bauunternehmen und mit den kapitalstarken Städten zwecks Errichtung der Kapitalbeschaffung in Verbindung treten. Sie erwarten zum Wohle des Vaterlandes von den Industriellen und Privaten, daß sie ihre Bauanträge, auch solche für Ausbaumaßnahmen, nicht länger zurückhalten. Auch gegen die Heranziehung von Kriegsgefangenen zu bauwirksamen Arbeiten aller Art wird die Arbeitsgemeinschaft bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden.“

Großherrenunternehmer bei Heereslieferungen.

Die Post bringt in ihrer Nr. 567 vom 23. November folgende beachtenswerte Zuschrift:

In den Zeitungen findet man jetzt häufig Anzeigen, wonit von ungenannter Seite große Lieferungen für Heeresbedarf verlangt werden, zum Beispiel Metallbeschläge für Helme, Helme, Stiefel, Hüte, Patronenäschse, Kopfhaube, Tornister, Uniformen etc. Man fragt sich, was diese Anzeigen bedeuten, und kann darauf nur die Antwort finden, daß Unternehmer, Händler und die gleichen Lieferungen an das Heer in den besagten Ortschaften übernommen haben und sich nun darin nachdrücklich deßen müssen. Aber, in wessen Firma Lieferungen von Fabriken und anderen Gewerbetreibenden anfallen und gehen damit zu den Intendanturen,

den Befehlungsämtern etc. und bieten die von diesen benötigten Auszahlungen gegen Ende zur Lieferung an, natürlich zu einem entsprechend höheren Preise, als sie selbst dafür bezahlen müssen. Es bleibt sich also hier ein unendliches Unternehmen zwischen Hersteller und Verbraucher ein, wobei einer von diesen Leute einen Schaden hat. Es wird nämlich entweder der Bezugspreis für das Heer ungünstig verteuert, oder der Gewerbetreibende, der die Ware herstellt, und der, wenn er anständig denkt, nur möchte, was er hat oder sicher zu der bestimmten Zeit abliefern kann, entsprechend im Preise gedrückt. Beides ist vom Uebel, besonders auch unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Erhaltung des Mittelpunktes, der bei so großen Lieferungshöhen nicht militärisch werden kann. Die vorerwähnten Anzeigen würden bald aufhören, wenn die Intendanturen nur an die Erzeuger der zu liefernden Gegenstände sich wenden wollten, was durch Vermittlung der Handels- und Handwerkskammern, der vielen Fachverbände und sonstiger angesehener wirtschaftlicher Verbrennen geschehen könnte, später auch wohl schon geschieht, aber allem Anschein nach nicht in dem erforderlichen Umfang. Die gewöhlige Preiserhöhung aller Rohstoffe für Militärbedarf (Wolle, Leder etc.) und der daraus gefertigten Ausstattungsgegenstände gibt Anlaß zu der Vermutung, daß durch das überflüssige Zwischenhandel der Unternehmer oder Händler die Deckung des Heeresbedarfs unnötig verteuert wird.“

Dem Einzeler der Zeitschrift kann man nur zustimmen. Zu großen bürgerlichen Blättern, zum Beispiel im Berliner Tagesschau, steht solche Anzeigen sehr oft.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen die „Arbeitslosen“.

Die von diesem Unternehmerverbände unterhaltene Zentralstelle für Arbeitgeber nach wie vor gibt eine sogenannte Balkanzettel heraus. Am 19. November sah sie sich veranlaßt, an die Empfänger der Balkanzettel ein Rundschreiben zu erlassen, worin sie mitteilt, daß der Arbeitsnachweis des Vereins der Arbeitgeber von Karlsruhe und Umgegend die beim dortigen Magistrat erzielte Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung davon in Kenntnis gesetzt hat, wenn er „bei den in Saarburg überzähligen Arbeitskräften in der Übersiedlung nach auswärtigen freien Städten auf unbegründeten Überstand gestoßen sei“. Darauf sei den interessierenden die Unterstellung entzogen worden. Es heißt dann in dem Rundschreiben weiter:

„Wir betrachten das von dem Arbeitsnachweis in Saarburg angewandte Verfahren als ein durchaus geeignetes Mittel, der Arbeitsschule in den jetzigen Kriegszeiten zu steuern und die Arbeit, erforderlichenfalls auch an auswärtigen Städten, anzunehmen. Wir möchten Ihnen daher nahelegen, in Zukunft ähnlich zu verfahren und sich mit der bei Ihnen bestehenden städtischen Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung in Verbindung zu setzen. Zugleich bitten wir um Ihre gefällige Mitteilung, ob und welche Erfolge Sie bei diesem Verfahren erzielt haben.“

Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, daß mit Leuten, die nur aus offenkundiger Arbeitsschule ein Arbeitsangebot ablehnen, nicht viel Federlesens zu machen sei. Es erscheint uns aber als ein einseitiges Verfahren, wenn für die Feststellung der Arbeitsschule nur das Urteil des Arbeitsnachwesels für den Unternehmerverbund maßgebend sein sollte. Zum Beispiel sollte Vorschriften für Arbeitslosenunterstützung in Verbindung stehen. Zugleich bitten wir um Ihre gefällige Mitteilung, ob und welche Erfolge Sie bei diesem Verfahren erzielt haben.“

Die von diesem Unternehmerverbände unterhaltene Zentralstelle für Arbeitgeber nach wie vor gibt eine sogenannte Balkanzettel heraus. Am 19. November sah sie sich veranlaßt, an die Empfänger der Balkanzettel ein Rundschreiben zu erlassen, worin sie mitteilt, daß der Arbeitsnachweis des Vereins der Arbeitgeber von Karlsruhe und Umgegend die beim dortigen Magistrat erzielte Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung davon in Kenntnis gesetzt hat, wenn er „bei den in Saarburg überzähligen Arbeitskräften in der Übersiedlung nach auswärtigen freien Städten auf unbegründeten Überstand gestoßen sei“. Darauf sei den interessierenden die Unterstellung entzogen worden. Es gab sogar Unternehmer, die sagten, daß andere Unternehmer ihnen Arbeiter durch höhere Löhne fortlocken. Auch die Arbeitslosigkeit nahm ab. Nach den Nachrichten der öffentlichen Arbeitsnachweise kamen im Durchschnitt auf 100 Arbeitsangebote 116 Arbeitsuchende gegen 125 im Jahre 1912. Der Verband hatte im Januar 3,1 Prozent Arbeitslose und im Dezember 2,4. In den Jahren vorher waren die entsprechenden Zahlen folgendermaßen: 1912 4,1 und 3,1, 1911 5,1 und 5,2, 1910 7,6 und 5,2, 1909 7,3 und 6,1, 1908 8,4 und 7,0.

Die von Verbänden jedes Jahr vorgenommene Aufstellung über die Arbeitsbedingungen in den Betrieben scheint bei einem Teil der Verbandsmitglieder nicht genügend Verständnis zu finden. 1912 gingen von 682 Arbeitsplätzen mit 63 129 Arbeitern ausgestellte Fragebögen ein, 1913 aber nur von 442 Arbeitsplätzen mit 61 728 Arbeitern. Es scheint also namentlich in Kleinbetrieben an der nötigen Aufmerksamkeit zu fehlen. Die Gesamtmitgliedszahl wuchs von 24 652 auf 29 486, 1912 betrug die Zunahme nur 1446. Die Zahl der jüngeren männlichen Mitglieder wuchs von 402 auf 806, die der weiblichen Mitglieder von 319 auf 561. Es traten ein 7996 Mitglieder, von anderen Verbänden über 3776. Es traten aus 4347, wegen Beitragsrückständen wurden gestrichen 1959, aus anderer Veranlassung 181 und es starben 162. Die Zahl der Verbandsmitglieder ging zurück von 191 auf 186. Neu gegruendet wurden 3, ausgestoßen 8.

Die Mitglieder bezahlten 1 208 281 Wochenbeiträge. Auf jedes Mitglied kamen im Durchschnitt 44,85 Beiträge. Die Summe betrug 584 825,55 Kronen. Beitragsfrei gestempelt wurden 116 937 Wachen. An Eintrittsgeld wurden eingezogen 237 641,90 Kr., davon für Streit 2c, 90 271,17, für Gemeinkosten 5950,56, für Rechtskr. 2508,35, für Notfälle 4462,90, für Arbeitslose 121 232,50 und für Krone 13 215,71.

Der Verband führt nur einen einzigen Angriffstreik und an diesem waren nur 12 Arbeiter beteiligt. Hierzu hatte er zwei Abwehrstreiks mit 513 Teilnehmern, 34 Angriffsbewegungen ohne Streik mit 3855 Teilnehmern und 16 Abwehrbewegungen ohne Streik mit 430 Teilnehmern. In Streiks anderer Berufe waren in 6 Fällen Verbandsmitglieder beteiligt, hauptsächlich, indem sie entlassen wurden, weil sie sich weigerten, Ausbeutungsarbeiten zu machen. In diese Bewegungen ist die Erneuerung des Vertrags mit dem Unternehmerverbund (Verkästsförderungen) nicht eingetragen. Es war dem Vorstand nicht möglich, genau festzustellen, wie viele Kollegen unter dieser Vereinigung arbeiten. Etwa Inhalt bilden die im Jahresbericht des Unternehmerverbundes enthaltenen Angaben. Diese waren 184 Unternehmer angegliedert, die 32 287 Arbeiter im Alter von 18 bis 50 Jahren beschäftigen, die Zahl der übrigen Arbeiter wird nicht angegeben, aber auf 13 Prozent der Gesamtarbeiterzahl geschätzt. Daraus berechnet der Vorstand unseres schwedischen Bruderverbundes die Zahl der älteren und der jüngeren Arbeiter auf 4197. Das sind aber nur 13 Prozent von den oben genannten 32 287 Arbeitern. 13 Prozent der Gesamtarbeiterzahl entsprechen seinen Angaben berechnet der Vorstand die Gesamtarbeiterzahl auf 36 484. Nach unserer Meinung ist sie 36 996, was allerdings nur reichlich 400 mehr ausmacht. Nach der Schätzung des Vorstandes sind über 70 Prozent der Gesamtarbeiterzahl Metallarbeiter.

Die Schlüsse zu den Kostenabrechnungen betragen in Einnahme und Ausgabe 900 797,96 Kronen.

Deutsche Staaten von Nordamerika.

Gesetzgebung. Die als Elton Bill bekannte Gesetzvorlage zur Abänderung des Sherman's Anti-Trust-Gesetzes vom Jahre 1890 wurde am 2. September

